

PRESSEMITTEILUNG

Hans-Olaf Henkel zur Diskussion über einen möglichen Austritt Griechenlands aus dem Einheitseuro

Berlin, den 9. Mai 2011

„Es ist zu begrüßen, dass Professor Sinn den möglichen Austritt Griechenlands ins Gespräch bringt. Bisher hatte sich die deutsche Wissenschaft darauf beschränkt, die negativen Folgen eines „Weiter so“ in unterschiedlicher Weise zu beschreiben, aber eine echte Alternative hatte noch niemand angeboten“, erklärt Henkel. „Die hysterische Reaktion auf Sinns Vorschläge zeigt überdeutlich, dass sowohl einige seiner Kollegen, als auch die meisten Vertreter der Wirtschaftspresse und der Politik die Diskussion über eine Abkehr vom Einheitseuro weiterhin mit einem Tabu belegen wollen.“ Zwar sei auch er der Meinung, dass ein Austritt Griechenlands zu starken Verwerfungen führen könne, aber er hoffe, dass nun eine nüchterne Diskussion über Alternativen zum Einheitsseuro auch in Deutschland geführt werden, „In Finnland, Holland, im angelsächsischen Bereich, selbst in Spanien, ist eine solche Diskussion längst im Gange“, so Henkel. Eine weitere Alternative sei der von ihm vorgeschlagene koordinierte Ausstieg Deutschlands und einiger anderer Länder aus dem Einheitseuro, verbunden mit der Gründung einer eigenen Gemeinschaftswährung (Arbeitstitel: „Nordeuro“). Für die verbleibenden ca. 12 Länder solle der Euro erhalten bleiben.

Man dürfe sich zudem nicht wundern, so Henkel weiter, wenn mit immer neuen „Rettungsschirmen“, die zu Lasten Deutschlands und einiger anderer Länder aufgespannt würden, die jeweilige Bevölkerung nicht nur mit wachsendem Unbehagen gegen den Einheitseuro, sondern auch gegen das „Projekt Europa“ reagiert. Es zeige sich immer deutlicher, dass sich eine kleine Anzahl von nördlichen „Geberländern“ einer größeren von „Nehmerländern“ gegenüberstellt und finanziell ausliefert ist.

„Das Geheimgespräch in Luxemburg zeigt auch“, so Henkel, „dass in den südlichen Ländern nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die Fähigkeit, sich dem Diktat aus Sparkurs, wachsender Arbeitslosigkeit und Verlust der eigenen Steuerbasis zu beugen, drastisch abnimmt. Immer lauter wird auch dort der Ruf nach eigenen Wegen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit. Nicht nur Griechenland und Portugal, auch Spanien und Italien werden ohne eine vom Einheitseuro abgekoppelte flexiblere Währung, mit eigenem Wechselkurs und ihrer Wirtschaftssituation angepassten Zinssätzen keine Chance haben, jemals ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.“ Es würde immer klarer, dass der Einheitseuro nicht zu weniger, sondern zu mehr Spannungen innerhalb der Länder des Euroraums führe. Dem Ausstieg Griechenlands aus dem Einheitseuro, wie er von Prof. Sinn in Erwägung gezogen wird, sei sein Plan auf jeden Fall vorzuziehen. „Dem Schreckensszenario des Sturms auf die Banken in Athen würde so die Grundlage entzogen, die Möglichkeit, wenigstens einen Teil ihrer Staatsschulden in Euro zurückzuzahlen, bliebe erhalten“. Vor allem könnten so die Nordländer ihr finanzielles Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen.

Henkel fordert Politik, Wirtschaftswissenschaftler und Medien auf, sich mit der von ihm vorgeschlagenen Alternative eines gemeinsamen Austritts einiger „Nordländer“ aus dem Einheitsseuro zu befassen. Auch die Deutschen sollten sich nicht länger weismachen lassen, dass in zwei deutlich unterscheidbaren Wirtschafts- und Finanzkulturen das Festhalten an einer Einheitswährung, „koste es was es wolle“, ohne Alternative sei. „Die Meinung, dass wir vom Euro am meisten profitierten, haben unsere Politiker von denen der Nehmerländer einfach übernommen. Sie stimmt nicht“, so Henkel. „Wir profitieren vom Binnenmarkt, nicht vom Euro. Die Abhängigkeit unserer Exporte vom Euroraum ist seit Einführung des Einheitsseuros sogar gesunken“. Zwar würden deutsche Exporteure vom Aufwertungseffekt eines Nordeuros negativ beeinflusst, inzwischen sei Deutschland aber auch Importvizeweltmeister geworden, ca. 45% aller deutschen Exporte würden vorher importiert. „Dem Aufwertungseffekt durch Einführung eines „Nordeuros“, muss man andere positive Effekte gegenrechnen, wie billigere Importe, günstigere Energiekosten und eine insgesamt niedrigere Inflationsrate“, so Henkel.

Für undemokratisch, ja skandalös, hält Henkel die Einführung eines europäischen Zentralstaates als „Nebenprodukt von Eurorettungspaketen durch die Hintertür“. Man könne das wollen, dann müsse die Politik das aber auch klar auf den Tisch legen. „Wo bleibt der Bundestag?“, fragt Henkel, „Hat er mit der Aufgabe der D-Mark eine Währungsunion in einem Europa der Vaterländer oder eine Transferunion in einem Vaterland Europa beschlossen?“

Pressekontakt: Michael Scheithauer

E-Mail: henkel@wgl.de

Tel: 030 – 20 45 66 22 Fax: 030- 20 45 66 15 Mobil: 0151 – 40 10 67 42

Falls Sie keine Nachrichten mehr vom Presseservice Opportunity GmbH erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) austragen.